



Marburg, 22. Mai 2011

Fraktion Die LINKE

TOP:

Lfd.Nr.

**Antrag zur Kreistagssitzung am 17. Juni 2011****Antrag der LINKEN betr. beabsichtigte Schließung des staatlichen Schulamtes und Studienseminars in Marburg****Der Kreistag möge beschließen:**

Der Kreisausschuss wird beauftragt sich bei der hessischen Landesregierung für den Erhalt des staatlichen Schulamts und Studienseminars in Marburg einzusetzen.

Der Kreistag spricht sich gegen eine Zentralisierung von Studienseminaren und Schulämtern in Hessen aus.

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf hält die derzeitigen 'Lehrer- Ausbildungskapazitäten' für unzureichend. Um eine angemessene Lehrerausbildung gewährleisten zu können, müsste die Personaldecke erhöht und die räumliche Ausstattung verbessert werden.

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf sieht in dem staatlichen Schulamt in Marburg eine wichtige Verwaltungsfunktion und Unterstützung der Schulen im Landkreis.

Der Kreistag appelliert an die hessische Landesregierung öffentliche Einrichtungen in der Fläche zu erhalten und von weiteren Schließungen wichtiger Landesbehörden abzusehen.

**Begründung:**

Die hessische Landesregierung beabsichtigt -angeblich- aus zwingenden Gründen der Kostenersparnis Schulämter und Studienseminare in Hessen zu zentralisieren und kleinere Standorte zu schließen. Von einer möglichen Schließung ist auch Marburg betroffen, obwohl an der Universität 2800 Studierende für das Lehramt eingeschrieben sind. Wenn das Marburger Studienseminar geschlossen würde, müssten angehende Lehrer unzumutbar lange Fahrzeiten in Kauf nehmen (z.B. von Korbach nach Marburg). Außerdem würden mehr Stunden an den Schulen ausfallen, da der Anfahrtsweg nach Gießen eine 'Tagesreise' darstellt. Ob durch eine Zentralisierung nach Gießen das Land tatsächlich zu den gewünschten Kosteneinsparungen kommen wird, kann bezweifelt werden, denn es müsste auch strukturell in Gießen investiert und die Kapazitäten erweitert werden. Auch die

erhöhten Reisekostenerstattungen würden jede Einsparung zunichte machen. Ebenso problematisch wäre die Schließung des Marburger Schulamtes. Bei einer Schließung käme auf die Schulen mehr Verwaltungsarbeit zu. Dies geht auch zu Lasten der pädagogischen Arbeit. Schulnahe Ämter bieten eine effektive Bündelung von Rechts- und Verwaltungskenntnissen, was eine nicht zu unterschätzende Entlastung und Unterstützung der Schulen bedeutet.

Auch die Bürger in ländlichen Kreisen haben ein Recht auf wohnortnahe Verwaltung. Es ist unzumutbar, wenn Bürger z.B. aus dem Hinterland weit über 1 Stunde fahren müssen, um wichtige Landesbehörden zu erreichen. Marburg sollte seine Funktion als Oberzentrum erhalten. Die Schuldenbremse und Einsparziele der Landesregierung dürfen nicht zu Lasten der Menschen gehen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez.

Anna Hofmann  
(Fraktionsvorsitzende)

Adnan Yldirim  
(Kreistagsabgeordneter)